

(Abg. Schenbor.)

(A) nahe Reichenberg sehen, aber man kann nicht hin, weil die Bestimmungen des kleinen Grenzverkehrs das nicht zulassen. Besonders minderbemittelte Leute sind nicht in der Lage, sich die Umstände und Kosten zu leisten, die mit einem Ausweis im kleinen Grenzverkehr zusammenhängen; sie müssen sich mitunter mit ihren Verwandten auf irgendeiner Mittellinie treffen. Es handelt sich oft um die Erledigung von Familienangelegenheiten, die dadurch verhindert wird, daß die Zone des sogenannten kleinen Grenzverkehrs so eng gefaßt ist. Hier ist eine unnötige Erschwerung auch der Verwandtschaftsbeziehungen zu konstatieren. Wenn Vereinigungen zur Pflege kultureller oder sonstiger Angelegenheiten, von denen ich vorhin schon gesprochen habe, in Bittau oder Reichenberg zusammentreffen wollen, so verursacht das große Umstände und Unkosten, so daß dieses Zusammentreffen oft unterbleibt. Ich möchte die Herren Regierungsvertreter bitten, wenn sonst aus den Verhandlungen nichts zustande kommen sollte, mindestens dahin zu wirken, daß die Zone des sogenannten kleinen Grenzverkehrs weiter gezogen wird. Nach meinem Dafürhalten ist es notwendig, daß wenigstens eine 40- oder 50-Kilometer-Zone für den kleinen Grenzverkehr bestimmt wird.

Im übrigen sind meines Erachtens die Maßnahmen, die den kleinen Grenzverkehr betreffen, überhaupt zwecklos. Einen Zweck haben sie nur insofern, als sie den betreffenden Stellen, die die Scheine auszustellen haben, dadurch Gebührensommen einbringen. Das kann aber keineswegs ein Grund für das Weiterbestehen dieser Maßnahmen sein. Die Bestimmungen des Grenzverkehrs sind unnütz, denn die Leute, die die Kosten für den kleinen Grenzausweis nicht aufbringen können oder wollen, oder alle diejenigen, die Nebenabsichten haben und den rechten Weg nicht gehen wollen, die die Kontrollstellen an der Grenze nicht überschreiten wollen, die gehen eben krumme Wege, um aus dem einen in das andere Land zu kommen. Die müßten hüben wie drüben auf eine andere Weise ferngehalten werden; durch die Bestimmungen des kleinen Grenzverkehrs ist das eben nicht möglich.

Nach meinen Informationen ist aber an der scharfen Handhabung der Sache die deutsche Regierung nicht ganz unschuldig. Ich habe mir folgendes sagen lassen. In Reichenberg befindet sich eine Zweigstelle des deutschen Konsulats in Prag. Da verlangt man für den Sichtvermerk für eine einmalige Einreise von Reichenberg nach Sachsen 60 Kr., das sind etwa 7,50 M. Diese hohen Gebühren werden angeblich verlangt, weil sich die Paßstelle in Reichenberg durch Aufbringung dieser Gebühren hinsichtlich ihrer Kosten selbst erhalten soll. Das ist ein unmöglicher Zustand. Über diese hohen Gebühren beklagt man sich in der Tschechoslowakei, und es ist dann kein Wunder, wenn die tschechische Regierung, früher wenigstens, keine Neigung gezeigt hat, Erleichterungen im Grenzverkehr eintreten zu lassen.

Nun, meine Damen und Herren, einiges zu dem, was der Herr Begründer des Antrages hier ausgesprochen hat! Ich bin der Meinung, daß die Deutsche Volkspartei hinsichtlich der Auswahl des Begründers des Antrages wohl einen Fehlgriß getan hat. Herr Abg. Dr. Hartwig schien sich auf eine Rede präpariert zu haben, die gegen die Vereinbarung Deutschlands mit der Tschechoslowakei hinwirken soll, und das war wohl nicht die Absicht der antragstellenden Fraktion. Der Herr Abg. Dr. Hartwig ist ja sehr weit abgeschweift. Er hat davon gesprochen, daß durch die Träger der

Revolution verhindert worden sei die Durchführung des großdeutschen Gedankens. Da ist wohl Herr Abg. Dr. Hartwig sehr schief orientiert, denn gerade die Träger des werdenden neuen Staates haben sich bekanntlich für die Bildung eines großdeutschen Staates mit Einschluß der deutschen Gebiete des früheren österreichischen Staates eingesetzt, gerade so wie sich die Träger der Revolution oder die Wegbereiter für den neuen Staat eingesetzt haben für einen deutschen Einheitsstaat. Und wenn man gegen den Gedanken des deutschen Einheitsstaates gearbeitet hat in Bayern, im Rheinlandgebiete usw. — ich erinnere an die zentrifugalen Bestrebungen, die damals konstatiert worden sind —, dann waren es Leute, die Ihrer politischen Auffassung viel näher stehen. (Widerspruch b. d. Dtsch. Vp.) Zweifellos stehen die Partikularisten, die in diesen Gebieten gearbeitet haben, der Auffassung der Deutschen Volkspartei viel näher, als z. B. der Auffassung der Sozialdemokratie, die jederzeit für den deutschen Einheitsstaat und für ein Großdeutschland eingetreten ist und auch jetzt noch dafür eintritt.

Wenn der Herr Abg. Dr. Hartwig im übrigen von der Bedrängung der Deutschen in der Tschechoslowakei gesprochen hat, so ist ja gewiß viel Richtiges daran, und es ist bedauerlich. Ich meine nur: Was soll das? Die Ausgrabung dieser Meinungsverschiedenheiten können wir nicht in Verbindung bringen mit den Verhandlungen zur Beseitigung des Visum-Zwanges. Gerade durch die Beseitigung des Visum-Zwanges, wie überhaupt durch die Bestrebungen, die beiden Seiten einander näherzubringen, werden wir auch den Deutschen und den deutschen Rechten in der Tschechoslowakei besser dienen, als wenn wir die Luft durch irgend etwas erweitern.

Ich bin natürlich auch der Meinung, daß die Bestrebungen im übrigen Deutschland dahin gehen müssen, — ich habe hier nur besonders von den Grenzverhältnissen mit der Tschechoslowakei gesprochen — ich bin der Meinung, daß auch die Bestrebungen der Regierung dahin gehen müssen, an den anderen Grenzen, besonders — das wurde hier schon ausgedrückt — soweit es sich um Vereinbarungen mit Polen bezüglich des Verkehrs nach Oberschlesien, nach den jetzt polnischen Teilen Oberschlesiens handelt, in dieser Richtung entsprechend einzuwirken.

Meine Damen und Herren! In der neueren Zeit haben sich erfreulicherweise überall Tendenzen gezeigt, die Völker Europas näherzubringen. Man diskutiert jetzt in allen Staaten und in allen Kreisen die Frage des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der europäischen Staaten, eine Frage, die nach meinem Dafürhalten eine Lebensnotwendigkeit Europas überhaupt in sich schließt. Auf Grund dieser Tatsache kann man wohl sagen, daß der Visum-Zwang, besonders auch mit der Tschechoslowakei, durchaus nicht mehr zeitgemäß ist, und man kann einem Antrage, wie er hier eingebracht worden ist, daß die Regierung dahin wirken möchte, diesen Visum-Zwang zu beseitigen, durchaus seine Zustimmung geben, und ich hoffe, daß die Verhandlungen der Regierung in dieser Richtung recht große Erfolge bringen werden. (Abg. Schmidt: Sehr richtig!)

Abgeordneter Lieberasch: Die gegenwärtigen Regierungspartien haben in ihrer Herrlichkeit schon manches Heldentstück fertiggebracht, aber ich glaube, das, was der Herr Dr. Hartwig verlangt, die Aufhebung des Paßzwanges seinem Fraktionskollegen Herrn Dr. Kaiser